

Koalition sichert Währungsstabilität

Griechenland-Nothilfe nur als Kredit

Griechenlands Zahlungskrise hat dazu geführt, dass der Regierung in Athen keine weiteren Kredite zu vertretbaren Konditionen gewährt wurden. Da diese Notlage die Stabilität der Europäischen Währungsunion akut bedroht, handeln die Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Euro-Zone entschlossen: Im Gegenzug zu weiteren Reformzusagen Griechenlands gewähren der IWF und die Euro-Partnerstaaten Athen begrenzte Kredite.

Mit dem am Freitag verabschiedeten Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion hat die christlich-liberale Koalition die Grundlage für eine deutsche Beteiligung an den international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro gelegt. Damit handelt sie im Interesse der deutschen Sparer und der exportorientierten deutschen Wirtschaft. Die in Übereinstimmung zwischen dem IWF und der Euro-Gruppe vereinbarte Nothilfe für Griechenland besteht lediglich aus Kreditzusagen. Gemäß der europäischen Verträge werden Deutschland und die anderen Partnerstaaten jedoch unter keinen Umständen für griechische Schulden einstehen. Auch in einer ebenfalls am Freitag verabschiedeten Resolution bekannten sich die Regierungsfractionen in aller Klarheit dazu, dass die Euro-Gruppe „nicht von einer Währungsunion zu einer Transferunion“ werden dürfe. Zuvor hatte die Regierungskoalition Vertreter der SPD zu Gesprächen eingeladen, um einen gemeinsamen Resolutionsentwurf zu erreichen. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen stahl sich die Opposition jedoch aus der Verantwortung und ließ die Verhandlungen platzen.

Die unionsgeführte Bundesregierung erreichte durch ihr entschlossenes Handeln zwei wichtige Ziele: Erstens ermöglicht die Beteiligung des IWF die Einbindung des dort vorhandenen Sachverständs

und die Anwendung strikter Kontrollen. Zweitens hat sich Athen zu einem weiteren harten Sparprogramm verpflichtet: Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden um acht Prozent reduziert, das Renteneintrittsalter erhöht, Frühpensionierungen vor dem 60. Geburtstag verboten und die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent angehoben.

Die Zahlungsfähigkeit Griechenlands aufrechtzuerhalten entspricht Deutschlands ureigensten Interessen. Pro Jahr exportieren deutsche Unternehmen Waren und Dienstleistungen im Wert von über acht Milliarden Euro nach Griechenland. Über die direkten Auswirkungen auf die deutsche Exportwirtschaft hinaus brächte eine Zahlungsunfähigkeit Athens unabsehbare Folgen für die europäische

Euro stabil – Einlagen sicher

und weltweite Finanzwirtschaft mit sich, die sich gerade erst von den Folgen der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen erholt. Daher hat die Stabilisierung der Märkte jetzt höchste Priorität, damit die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Darüber hinaus sichert das Engagement von IWF und Euro-Gruppe die Einlagen von Millionen deutscher Sparer. Vor allem konservative Anleger investieren in Staatspapiere – in der Vergangenheit auch in griechische Anleihen. Die Nothilfe für Griechenland sichert daher auch die Grundlage von Versicherungen sowie Renten- und Pensionsfonds in Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann die Befürchtungen und die Verärgerung über die eingetretene Situation gut verstehen, da ich genauso empfinde. Es war ein großer Fehler, dass Griechenland der Eurozone beitreten durfte. Ich habe am 28. November 2000 im Deutschen Bundestag dagegen gestimmt. Damals hatte aber Rot/Grün eine Mehrheit und den Beitritt zum Euro durchgesetzt. Jetzt haben wir den Salat.



Es gibt kein Patentrezept, wie wir die Krise lösen können, weil vergleichbare Situationen noch nie gegeben waren. Ich orientiere meine Entscheidung ausschließlich am Wohl Deutschlands. Da gilt es abzuwägen zwischen zwei unterschiedlichen Risiken:

- ◆ Risiko 1: Weil die griechische Wirtschaft nicht in Schwung kommt, werden die deutschen Steuergelder zur Bezahlung der Bürgschaft fällig.
- ◆ Risiko 2: Eine Umschuldung oder ein Staatsbankrott Griechenlands führen zu völlig unkalkulierbaren Reaktionen in anderen Teilen Europas und auch in Deutschland.

Ich meine, dass bei der Abwägung zwischen beiden Risiken es in dieser Situation noch Sinn macht, auf den Internationalen Währungsfonds (IWF) und seine harten Sparmaßnahmen in Griechenland zu hoffen. Die Kredite aus Deutschland werden nur dann - in Tranchen - ausbezahlt, wenn zuvor der Internationale Währungsfonds die Erfüllung der harten Bedingungen festgestellt hat. Die völlig verfahrenere Situation in Argentinien hatte der Internationale Währungsfonds mit der gleichen Vorgehensweise vor Jahren in den Griff bekommen. Notwendig ist es allerdings internationale Spekulationen jetzt endlich einzudämmen und nicht nur darüber zu reden. Dazu zählt beispielsweise, dass die jetzige Praxis von sogenannten Leerverkäufen oder Bankengewinne, die zu Super-Boni führen, welche ausschließlich der Steuerzahler mit seinen abgesicherten Bürgschaften ermöglicht hat, künftig nicht mehr stattfinden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Singhammer MdB

Verbraucherschutz

Google muss Widersprüche berücksichtigen

Der Internet-Konzern Google erstellt für seinen neuen Dienst ‚Street View‘ in nahezu allen deutschen Städten und Gemeinden Straßenansichten. Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden die weltweite Veröffentlichung und Vermarktung von Hausansichten als Verletzung ihrer Privatsphäre. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner setzt sich mit Erfolg für ihre Rechte ein.

Die 360-Grad-Bilder werden von Spezialkameras aufgenommen, die in 2,90 Meter Höhe auf Auto-dächern montiert sind. Wie Beispiele aus dem Ausland zeigen, liefert Google durch die erhöhte Kamera-Perspektive detaillierte Außen-aufnahmen von privaten Wohnhäusern und Gärten. Zum Teil ermöglicht die hohe Bildauflösung einen direkten Blick in Wohnzimmer. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner fordert daher, dass Google das Internet-Projekt in Deutschland nur unter strikten Auflagen starten darf. Seit das Ministerium ein entsprechendes Formular im Internet veröffentlicht



Foto: BMELV/ BILDSCHÖN
**Bundesministerin
 Ilse Aigner**

hat, haben bereits Tausende von Eigentümern und Mietern von der Möglichkeit des Widerspruchs Gebrauch gemacht. Der Widerspruch kann sowohl per Post als auch per E-Mail erfolgen.

In einem Gespräch mit Bundesministerin Aigner hat Google jetzt zugesagt, den neuen Dienst ‚Street View‘ in Deutschland erst zu starten, wenn die von Bürgern eingereichten Widersprüche vollständig berücksichtigt sind. Bevor der Dienst im Internet freigeschaltet wird, müssen die betreffenden Wohnungen, Häuser und Gärten vollständig unkenntlich

gemacht werden. Auch die Rohdaten der beanstandeten Aufnahmen sind unkenntlich zu machen. Zudem erklärten sich Unternehmensvertreter von Google bei dem Treffen in Berlin bereit, auf Wunsch von Kommunen auch Sammelwidersprüche von Städten und Gemeinden mit den Unterschriften von Bürgern zu akzeptieren. Google kündigte an, den kommunalen Spitzenverbänden ein unbürokratisches Verfahren vorzuschlagen. Für den Fall, dass Kommunen ihren Bürgern beim Einlegen von Widersprüchen behilflich sein wollen, könnte es dann möglich sein, dass zum Beispiel einfache Widerspruchslisten in Rathäusern ausgelegt und später gebündelt an Google weiter geleitet werden.

Diese Woche

Koalition sichert Währungsstabilität	
Griechenland-Nothilfe nur als Kredit	1
Verbraucherschutz	
Google muss Widersprüche berücksichtigen	2
Christlich-liberale Regierung	
Bürgerfreundlichkeit hat Priorität	2
Arbeitsmarktpolitik	
Schutzschirme zeigen Wirkung	3
Verkehrspolitik	
Elektromobilität schont Klima und sorgt für Wachstum	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
 Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
 11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
 Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
 internet: www.csu-landesgruppe.de

Christlich-liberale Regierung

Bürgerfreundlichkeit hat Priorität

Bereits nach nur sechs Monaten im Amt hat die christlich-liberale Regierungskoalition wichtige Schritte auf dem Weg zu einem bürgerfreundlichen Staat unternommen. Schwerpunkte bilden hierbei der Bürokratie-Abbau und die Modernisierung der Verwaltung.

Nach Ansicht der Regierungskoalition soll der Staat neben der Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben den Bürgern möglichst viele Freiheiten gewähren. Vor diesem Hintergrund nimmt die christlich-liberale Koalition die Themen Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung besonders ernst. Daher wird etwa in der Fahrzeugzulassung auf unnötige Bürokratie verzichtet, indem noch in diesem Jahr die Möglichkeit der Nutzung von Wechselkennzeichen eingeführt wird: Damit sollen zum Beispiel zwei Fahrzeuge abwechselnd mit dem gleichen Kennzeichen betrieben werden. Das spart Behördengänge und Versicherungskosten. Auch Studenten werden künftig von bürokratischen Pflichten entlastet: BAföG-Empfänger erhalten nun einen pauschalen Mietzuschuss und müssen keine Kostennachweise mehr erbringen.

Bei der Modernisierung der Verwaltung setzt die christlich-liberale Koalition auf neue Kommunikationswege: Einerseits werden bis Jahresende sämtliche Bürgerdienste des Bundes unter der einheitlichen Behördenrufnummer 115 erreichbar sein. Andererseits stärkt die Bundesregierung die Möglichkeiten des direkten Kontakts der Bürger mit den Behörden durch Angebote des sogenannten ‚E-Government‘ im Internet. Gleichzeitig setzt sich die christlich-liberale Koalition für eine Erhöhung der Sicherheit im Internet ein. Um den Kommunikationsweg der E-Mail funktionsfähiger und sicherer zu machen, wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr eine Plattform zur Verfügung stellen, mit der der Versand sogenannter De-Mails nachgewiesen und die Identität der Kommunikationspartner nachgewiesen werden können.

Arbeitsmarktpolitik

Schutzschirme zeigen Wirkung

Die Politik der christlich-liberalen Koalition wirkt: Trotz der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit drei Generationen sinkt die Arbeitslosigkeit in Deutschland: Im April lag die Zahl der Erwerbslosen deutlich unter dem Vorjahreswert. Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland hervorragend da.

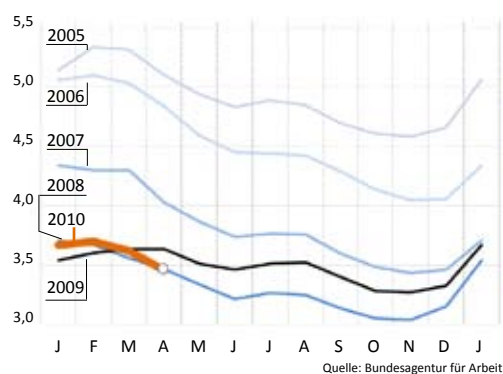
Die überaus positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist nicht mehr allein auf die Frühjahrsbelebung zurückzuführen. Der Rückgang der Erwerbslosenzahl um 162.000 im April steht vielmehr für einen erfreulichen Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt. Insgesamt waren in Deutschland nur noch 3,41 Millionen Menschen ohne Arbeit (8,1 Prozent). Das sind 178.000 weniger als im Vorjahr. Bevor die rot-grüne Regierung die Amtsgeschäfte an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übergab, lag die Zahl der Arbeitslosen im April 2005 noch bei 5,05 Millionen (12,2 Prozent). Trotz der 2008 aufgetretenen Wirtschafts- und Finanzkrise vermochten es die seither amtierenden Regierungen unter Führung von CDU und CSU, die Erwerbslosigkeit kontinuierlich zurückzuführen. Die Arbeitslosenzahlen lagen in den Jahren 2006, 2007 und 2008 kontinuierlich unter denen des jeweiligen Vorjahrs (siehe Graphik). Erst ab dem März 2009 waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt so gravierend, dass die Arbeitslosenzahlen über dem Stand des jeweiligen Vormonats lagen. Doch dank erfolgreicher Gegenmaßnahmen der christlich-liberalen Regierungskoalition konnte dieser Trend nun gestoppt werden: Seit dem März 2010 liegen die Arbeitslosenzahlen wieder unter dem Vorjahreswert, im April 2010 waren sogar weniger Menschen ohne Arbeit als zwei Jahre zuvor. Das bedeutet, dass es im vergangenen Monat weniger Erwerbslose gab als im April vor Ausbruch der Wirtschaftskrise.

Auch im internationalen Vergleich ragt die Bilanz der unionsgeführten Bundesregierung deutlich heraus. Während die deutsche Arbeitslosenquote nach dem leicht abweichenden Berechnungssystem der Europäischen Union bei 7,4 Prozent liegt, sind im europaweiten Durchschnitt 9,6 Prozent der Menschen ohne Arbeit. In Frankreich ist mehr als jeder

Zehnte, in Spanien beinahe jeder Fünfte auf der Suche nach einem Job. Innerhalb der Bundesrepublik ragt weiterhin Bayern mit seiner ein-

ist mittlerweile mit 4,8 Prozent das einzige Bundesland mit einer Arbeitslosenquote von unter fünf Prozent.

Arbeitslose in Millionen



Trotz des positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt muss die weitere Entwicklung jedoch genau verfolgt und weiterhin aktiv begleitet werden. Die aktuelle Arbeitsmarktsituation wäre ohne zahlreiche unterstützende Maßnahmen der Bundesregierung nicht möglich gewesen. So wurden hundertausende Arbeitsplätze durch die Ermöglichung von Kurzarbeit gesichert; erst Ende April verlängerte die christlich-liberale Bundesregierung dieses wichtige Angebot bis 2012.

maligen Arbeitsmarktbilanz heraus. Dort waren im April nur 318.587 Menschen ohne Arbeit, war einem Rückgang von knapp 15.000 im Vergleich zu 2010 bedeutet. Der Freistaat

Der Aufbau eines ‚Schutzschirms für Arbeitnehmer‘ zur Senkung der Lohnnebenkosten hat ebenso zur positiven Entwicklung beigetragen wie das verantwortungsbewusste Verhalten der Tarifparteien.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Links und rechts

Die PDS in Sachsen beschäftigt sich derzeit mit einem besonderen Kapitel ihrer jüngeren Geschichte: Dem Übertritt des ehemaligen NPD-Funktionärs Gregor Janik in die SED-Nachfolgepartei. Janik gehörte in den 1990er-Jahren dem Bundesvorstand der NPD an und arbeitete für die inzwischen verbotenen ‚Skinheads Sächsische Schweiz‘. Doch 2005 wechselte er die Seiten: Eintritt in die PDS. Seine Vergangenheit war dem Landesvorstand seit 2007 bekannt, wurde jedoch verheimlicht und erst jetzt bekannt. Der sächsische PDS-Vorsitzende tat die Sache auch sogleich als „uralte Geschichte“ ab. Wie wohl sich Janik in der PDS fühlte – unter anderem arbeitete er für die ‚Kommunistische Plattform‘ – zeigt einmal mehr, wie gut National-Sozialisten und Kommunisten zusammenpassen.

Links und links

Sein besonderes Amtsverständnis stellte einmal mehr der SPD-Bundestagsvizepräsident Thierse unter Beweis. Bei den traditionell chaotischen Demonstrationen am 01. Mai in Berlin übertrat der ehemals zweithöchste Mann im Staat bewusst das Gesetz und nahm an einer illegalen Sitzblockade teil. Diese war von linken Aktivisten organisiert worden. Dass der Sozialdemokrat den Polizisten das Leben schwer machte, die aus der ganzen Republik angereist waren, um linke Chaoten zu bändigen, ist ein Skandal. Thierse fühlte sich bei den Linken so wohl, dass er die Bitten, sich zu erheben, gleich dreimal ignorierte. Selbst Parteigenossen distanzieren sich, die Gewerkschaft der Polizei fordert den Rücktritt des Bundestagsvizepräsidenten, die Staatsanwaltschaft prüft die Eröffnung eines Verfahrens.

Verkehrspolitik

Elektromobilität schont Klima und sorgt für Wachstum

Auf Einladung der Bundeskanzlerin kam die gesamte deutsche Elektromobilitäts-Branche in Berlin zusammen, um ein schlagkräftiges Bündnis zu schmieden und ihr gemeinsames Ziel zu bekräftigen: Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden, bis 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen fahren.

Im Mittelpunkt des Treffens am Montag stand die Gründung der „Nationalen Plattform Elektromobilität“. Ihr Auftrag ist es, in sieben Arbeitsgruppen den Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität fortzuentwickeln und bis Ende 2010 eine Zwischenbilanz der Arbeit sowie erste konkrete Vorschläge vorzulegen. An diesem Bündnis sind die Automobilindustrie, Zulieferer und Energieversorger ebenso wie die Wissenschaft, Verbraucherorganisationen und die Kommunen beteiligt. Bei dem Spitzentreffen bekräftigten alle Beteiligten, dass die Zukunft mittel- und langfristig dem Elektrofahrzeug gehören wird.

Konzept, das von der Stromerzeugung und -verteilung über die Entwicklung einer Lade-Infrastruktur bis hin zur Datenerfassung und Abrechnung geladener Strommengen reicht.



„Sprit“ aus der Steckdose: Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer beim symbolischen „Betanken“ eines innovativen Elektro-Minis

Die Elektromobilität liefert nicht nur einen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele; sie bietet auch Chancen für die Schaffung einer neuen, innovativeren Mobilitätskultur, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen wird. Das Thema Elektromobilität beschränkt sich nämlich nicht auf den Austausch eines herkömmlichen gegen einen Elektromotor. Erforderlich ist vielmehr ein umfassendes

Durch entsprechende Innovationen kann Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität werden; eine komplett neue Wertschöpfungskette würde entstehen.

Die Öffentlichkeit spürt, dass dieses Thema ökologische Sensibilität mit der Sicherung und dem Ausbau von Technologieführerschaft verbindet. Diese Aufbruchsstimmung

hat die christlich-liberale Koalition erfolgreich aufgegriffen: Das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie läuft bereits auf Hochtouren. Mit 500 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturpakets II konnten auch beim Thema Batterietechnologie wichtige Programme auf den Weg gebracht werden.

Von entscheidender Bedeutung für das Thema Elektromobilität ist zudem der Nachweis der Alltagstauglichkeit. Unter Federführung von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer konnten hier in den vergangenen Monaten erhebliche Fortschritte erzielt werden. In acht Modellregionen arbeiten Wissenschaft, Industrie und Kommunen eng zusammen, um die Anwendung der Zukunftstechnologie unter realen Bedingungen zu testen. Dieser Weg erweist sich als erfolgreich. Die für diese Projekte aus dem Konjunkturpaket II bereitgestellten 115 Millionen Euro werden bis zum Ende des Jahres bewilligt sein und in konkrete Projekte fließen.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Einsatz reduziert

Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg plant eine Kürzung des Kontingents deutscher Soldaten im Kosovo. Seit 1999 schützen Truppen aus der ganzen Welt die rund 800.000 Kosovaren. Derzeit befinden sich dort knapp 10.000 Soldatinnen und Soldaten aus 25 Nato- und sieben weiteren Partner-Staaten im Einsatz, wo sie insbesondere am Wiederaufbau der Infrastruktur des Kosovo beteiligt sind. Die deutsche Bundeswehr stellt dabei momentan das größte Einsatzkontingent. Die Lage im Kosovo hat sich mittlerweile deutlich verbessert. Nun kündigte der Verteidigungsminister an, die offizielle Obergrenze des Einsatzkontingents um 1.000 Mann zu reduzieren.

Grenzen definiert

Bereits zwei Wochen nach seinem entschlossenen Krisenmanagement in Folge des Vulkanausbruchs auf Island legte Dr. Peter Ramsauer nach: Auf einer Sondersitzung mit seinen EU-Amtscollegen setzte sich der deutsche Verkehrsminister erfolgreich für europaweit einheitliche Grenzwerte für Vulkanasche im Luftraum ein. Alle 27 EU-Mitgliedstaaten stimmten der Einigung zu, die eine Übernahme des Drei-Zonen-Modells der Europäischen Flugsicherung und des Vulkanasche-Kontrollzentrums vorsieht. Wenn die Aschekonzentration an einer Stelle einen bestimmten Grenzwert überschreitet, sind Flüge künftig im Umkreis von 110 Kilometern verboten.

Förderung präzisiert

Die Regierungskoalition hat weitere Schritte zur Solarstrom-Förderung beschlossen. So werden Anlagen innerhalb eines 110 Meter breiten Randstreifens an Autobahnen und Schienenwegen in die Förderung aufgenommen. Bei auf Ackerflächen neu errichteten Anlagen bleibt der Gesetzentwurf unverändert. Im Sinne der Planungssicherheit wurden lediglich die Übergangsfristen erweitert, so dass vor dem 25. März 2010 beschlossene Projekte gefördert werden können. Darüber hinaus erklärte sich die Regierung bereit, die Photovoltaik-Forschung mit zusätzlichen 100 Millionen Euro zu fördern, um weitere Innovationen für diese Zukunftstechnologie zu ermöglichen.